



Auszug aus dem substantziellen Protokoll

83. Ratssitzung vom 24. Januar 2024

2759. 2022/213

Weisung vom 01.06.2022:

Motion von Dr. Jean-Daniel Strub und Rosa Maino betreffend Reorganisation der Schulbehörden als Fundament für eine zukunftsfähige Organisations- und Führungsstruktur der Stadtzürcher Volksschule nach dem Grundsatz einer starken demokratischen Verankerung, Bericht

Antrag des Stadtrats

- a. Vom Bericht «Reorganisation der Schulbehörden» (Beilagen) wird Kenntnis genommen.
- b. Die Motion, GR Nr. 2018/31, von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Rosa Maino (AL) vom 31. Januar 2018 betreffend Reorganisation der Schulbehörden als Fundament für eine zukunftsfähige Organisations- und Führungsstruktur der Stadtzürcher Volksschule nach dem Grundsatz einer starken demokratischen Verankerung wird als erledigt abgeschlossen.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 1 / Kommissionsreferat Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 2:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Es handelt sich um das komplexe Geschäft der Reorganisation der Schulbehörde. Die Motion von Jean-Daniel Strub (SP) und Rosa Maino (AL) wurde am 5. Dezember 2018 dem Stadtrat überwiesen. Der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements (VSS) vereinbarte mit den Vertreterinnen und Vertretern der beiden einreichenden Fraktionen, dass der Motion in einem begründenden Bericht Rechnung getragen werden soll. Dieser liegt seit Mitte 2022 vor und zeigt mögliche Organisationsmodelle für die Schulbehörde in der Stadt Zürich auf. Diese Modelle wurden – wie in der Motion verlangt – in einem partizipativen Prozess erarbeitet. In Variante 1 besteht die Schulpflege aus den Präsidien der Kreisschulbehörden sowie dem zuständigen Stadtratsmitglied. Die Kreisschulbehörden sind der Schulpflege unterstellt, die sich auf strategische Aufgaben und die Mittelzuteilung konzentriert. Sie beauftragt die Kreisschulbehörden mit der Aufsicht über die Schulen und die Schulführung. Diese Variante wäre eine Modifikation des Status Quo. In den Varianten 2a und 2b sind die Kreisschulbehörden der Schulpflege unterstellt. Die Personalunion zwischen Schulpflege und Präsidien*



der Kreisschulbehörde ist aufgehoben. Aus diesem Grund kann die Anzahl der Mitglieder der Schulpflege beliebig festgelegt werden. Auch die Anzahl Schulkreise ist variabel. Beim Modell 2b werden zudem die Schulleitungen nicht von den Präsident*innen der Kreisschulbehörde, sondern von den Leitungen Bildung geführt. Eine Leitung Bildung führt professionell mehrere Schulleitungen. Dank dieser Aufgabendelegation können die Präsidien der Kreisschulbehörde entlastet werden. Die Varianten 3a, 3b und 3c schlagen als Führungsebene die Schulpflege, die Leitung Bildung und die Schulleitung vor. Die Kreisschulbehörden sind beim Modell 3a pro forma noch vorhanden, haben jedoch keine Führungsaufgaben in diesem Kontext. Ihr Fokus liegt auf der Schulqualität und den Schulbesuchen. In den Modellen 3b und 3c werden die Schulkreise und Kreisschulbehörden abgeschafft. An ihre Stelle tritt eine neue Kommission Schulqualität. Diese ist für die ganze Stadt zuständig und wird von einem Mitglied der Schulpflege präsidiert. Die Kommission legt ihren Fokus auf die Schulqualität und führt Schulbesuche durch. Die Mitgliederzahl wird so bemessen, dass weiterhin breit angelegte Schulbesuche möglich sind. Bei den Varianten 3a und 3b wird zudem ein dem Präsidium der Schulpflege direkt unterstelltes Rektorat etabliert. Dieses entlastet die Schulpflege in der Führung der Leitung Bildung. Beim Modell 3c wird auf das Rektorat verzichtet und die Mitglieder der Schulpflege führen die Leitungen Bildung direkt. Variante 4 basiert auf einer Verschlinkung des Modells 3b: Die Kommission Schulqualität fällt weg, das Rektorat wird beibehalten. In allen Varianten ist der Ausbau der Elternmitwirkung vorgesehen, allerdings präzisiert der Bericht nicht deren Form. Die heutige Schulpflege spricht sich für die Modifikation der Variante 1 aus, also für das heutige Modell mit sieben Schulkreisen und sieben Kreisschulbehörden und eine Personalunion zwischen den Kreisschulpräsidien und den Schulpflegemitgliedern. Dieses Modell soll gemäss der Schulpflege jedoch optimiert werden, beispielsweise durch die Verkleinerung der Kreisschulbehörden von heute 25 auf 10 bis 15 Mitglieder. Die Schulpflege ist auch gegenüber den Leitungen Bildung offen, um die Schulpräsidien zu entlasten. Dabei würde es sich um eine Mischform der Varianten 1 und 2b handeln. Der Stadtrat spricht sich – diametral entgegen der Meinung der Schulpflege – für das Modell 3b oder 3c aus. Der Stadtrat lässt offen, ob bei dieser Führungsstruktur ein Rektorat zur Entlastung der Schulpflege notwendig ist. Der Bericht zu den Führungsmodellen ist die Grundlage für eine breite Diskussion. Der Ball liegt bei den Fraktionen, die mittels neuer Motionen konkrete Leitplanken für das weitere Vorgehen setzen können. Auf Grund solcher Vorgaben aus dem Gemeinderat wird der Stadtrat eine detaillierte Weisung zur Reorganisation ausarbeiten. Heute geht es bei Dispositivziffer 1 darum, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und bei Dispositivziffer 2, die Motion GR Nr. 2018/31 als erledigt abzuschreiben. Die Mehrheit der Kommission anerkennt die ausführliche Auslegeordnung des Stadtrats und den Bericht als gute Grundlage für die weitere Arbeit. Aus diesem Grund stimmt die Mehrheit der Annahme der unveränderten Dispositivziffer 1 zu. Die Dispositivziffer 2 wird einstimmig angenommen.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 1:



Maya Kägi Götz (SP): Ich gratuliere Dr. Balz Bürgisser (Grüne) zur knappen und eleganten Vorstellung der Motion, was sehr anspruchsvoll war. Wir sind uns alle einig, dass die Volksschule eine grosse Errungenschaft ist. Eine starke Volksschule und Bildungsgerechtigkeit sind zentrale Werte, die wir teilen. Vergangenen Mittwoch haben wir jedoch erlebt, dass Berichte wie der vorliegende eine Krux sein können: Die Ablehnung ist im parlamentarischen Betrieb nicht vorgesehen, was auch richtig ist. Sie nicht zu lesen, aber dennoch darüber zu diskutieren, ist sicherlich nicht vorbildlich, wäre aber möglich. Weil die Zustimmung zur Kenntnisnahme immer aber auch eine zustimmende Haltung auf inhaltlicher Ebene miteinschliesst, bleibt beim Dissens nur die Ablehnung der Kenntnisnahme – selbst dann, wenn der Bericht zielführend und wertvoll sein mag. Wenn wir die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes also ablehnen, tun wir dies nicht, weil wir die geleistete Arbeit nicht anerkennen. Das partizipative Verfahren und die Mitwirkung vieler Personen sind vorbildlich, beeindruckend und verdienen Wertschätzung. Aus diesen Überlegungen werden wir der Abschreibung der Motion zustimmen. Auch schätzen wir die Breite des Berichts, der eine hervorragende Diskussionsgrundlage für eine Grundsatzdebatte über den Wert von Bildungseinrichtungen und das Funktionieren unserer Schulen schafft. Die SP und auch andere Parteien haben den Bericht über ihre Fraktionen hinaus breit diskutiert. In diesem Prozess zeichnete sich in den Reihen der ablehnenden Kenntnisnahme ab, dass man sich für das Modell eines fundamentalen Umbaus der Schulbehördenorganisation nicht erwärmen kann. Bezüglich einer stärkeren demokratischen Verankerung in der Bevölkerung, die ein Kernanliegen der Motion darstellt, erkennen wir beim sogenannten Winterthurer Modell kein Verbesserungspotenzial gegenüber dem Status Quo. In der Einführung einer Leitung Bildung sehen wir eine kostenintensive Erweiterung auf oberster Führungsebene und keinen Demokratisierungsprozess. Wir bezweifeln, dass die damit in Aussicht gestellte Professionalisierung – gerade mit Blick auf die Tagesschulen als integralem Lebensraum – zielführend und effektiv wäre. Wir lehnen die Empfehlung des vom Stadtrat favorisierten Modells ab und begrüssen den Weg moderater Anpassungen.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): Die FDP steht nach wie vor hinter den Vorgaben der Motion GR Nr. 2018/31, insbesondere einer zukunftsfähigen Organisations- und Führungsstruktur, einer starken demokratischen Verankerung der Schule und einer Klärung der Funktionen und Kompetenzen einzelner Behördenebenen sowie entsprechender Führungs- und Aufsichtsstrukturen. Die Funktion künftiger Mitglieder der Schulbehörde soll attraktiv und qualifizierend sein. Auch die Erkenntnisse der Grossgruppenveranstaltung sind ganz in unserem Sinn, beispielsweise die Stärkung des Quartierbezugs, die Schärfung der strategischen und operativen Führungsebene und der Ausbau der Elternmitwirkung. Für uns wichtig ist ausserdem die Milizbehörde, deren Aussensicht notwendig ist, damit die Schule nicht gänzlich von realitätsfernen Theoretikern umgestaltet wird. Je mehr Ebenen, desto mehr Bürokratie. Je mehr Bürokratie, desto mehr Leerläufe und entsprechende Mehrkosten. Für die FDP sind dies keine Optionen, denn die Kosten im



Bildungsbereich laufen schon jetzt aus dem Ruder. In keiner der vorgeschlagenen Varianten fanden wir einen für uns gangbaren Weg, werden uns in den kommenden Wochen jedoch einen solchen überlegen und entsprechende Vorstösse einreichen. Den Bericht werden wir zur Kenntnis nehmen und der Abschreibung der Motion zustimmen.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Auch wir nehmen den Bericht zur Kenntnis und signalisieren damit, dass wir uns mit Gestaltungswillen mit den aufgezeigten Möglichkeiten auseinandergesetzt haben. Weil sich im Gemeinderat noch keine kompromissfähige Variante herauskristallisiert hat, möchte ich auf die von uns favorisierte Variante 3c eingehen. Als Vorteil erhoffen wir uns daraus eine dezentrale Struktur der künftigen Schulaufsicht. Das Modell lässt einen stärkeren Quartierbezug zu, wodurch gesamtstädtische Konzepte gleichberechtigt umgesetzt werden können. Die politische Legitimation der Schulpflege bleibt gewährleistet, indem die Mitglieder durch Stimmbürger*innen gewählt werden. Wir sehen Potenzial in der Senkung der Führungsspanne, weil wir von einer Richtgrösse von sieben Schulen pro Leitung Bildung ausgehen. Ausserdem könnten diese die Schulleitungen administrativ unterstützen und entlasten. Auch die Trennung von Mittelzuteilung und -verwendung könnte optimiert werden. Dies als grobe Skizze des von uns erkannten Potenzials der Variante 3c. Eine weiterführende Diskussion ist aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt weder möglich noch notwendig. Wir sind gespannt, wie kompromissfähig sich der Gemeinderat zeigen wird.*

Sophie Blaser (AL): *Der Bericht zeigt die aktuellen Kompetenzen und Gremien auf und entwickelt in Szenarien mögliche Organisationsstrukturen. Für die AL zeigt sich die Schwierigkeit der aktuellen Struktur immer wieder im Gemeinderat – so auch heute, wo diskutiert wird, wie mit kantonalem Recht und gebundenen Ausgaben in kommunaler Verantwortung umgegangen werden müsste. Es ist haarsträubend, wie unterschiedlich mit den sieben Schulkreisen umgegangen wird. Wir sind mit dem Status Quo nicht zufrieden. Die Aussicht auf ein Rektorat, Leitungen Bildung und die Abschaffung der Schulkreise ist für uns auch kein gangbarer Weg. Die Varianten bringen Veränderungen und Neuerungen mit sich, für die die Schulen meist keine Kapazitäten haben. Die Schulen sind kein Reallabor und wir können uns viele Kapriolen schlichtweg nicht leisten. Für die AL sind die optimalen Organisationsstrukturen im Bericht nicht auffindbar. Wie nehmen ihn zur Kenntnis und schreiben die Motion ab.*

Roger Bartholdi (SVP): *Die SVP nimmt den Bericht zur Kenntnis und schreibt den Vorstoss ab. Der umfangreiche Bericht ist interessant und zeigt die Unterschiede in der Entwicklung der einzelnen Schulkreise auf. Beispielsweise ist auf Seite 28 der Vergleich der Jahre 1983 und 2021 zu sehen. Vor ein paar Jahrzehnten waren die Schulkreise nicht ganz so unterschiedlich: Sie beinhalteten knapp 4000 bis 6000 Schülerinnen und Schüler. Im Jahr 2021 sprechen wir von 3500 bis 7000 Schülerinnen und Schülern. Früher gab es nicht in jedem Schulkreis gleich viele Mitglieder in der Schulpflege, heute sind es überall 25 Personen. So zeigt sich die Problematik: Während die Unterschiede der Anzahl Schülerinnen und Schüler grösser wurden, trieb man die Halbprofessionalisierung*



voran und hat nun weniger und überall gleich viele Mitglieder in der Schulpflege. Im Bericht geht es darum, wie man die Leitungen oder Aufsichten wahrnehmen möchte. Beispielsweise lag die Beurteilung der Mitarbeitenden früher bei den Schulpflegenden, bevor sie zu den Schulleitungen überging. Dies wurde von oben diktiert, wobei sich die SVP stets volksnah für ein Milizsystem aussprach, damit nicht alle Kompetenzen sogenannten Profis übergeben werden. Der letzte Abschnitt 9.4 scheint mir der wichtigste: Der Ball liegt beim Gemeinderat. Wir müssen analysieren und uns einig werden.

Maya Kägi Götz (SP): *Die SP schätzt das partizipative Verfahren und die Breite des vorliegenden Berichts. Auch wenn die Vielzahl der Modelle etwas technisch wirkt, so schafft er eine hervorragende Diskussionsgrundlage. Die SP führte eine Debatte und kam nach intensiven Diskussionen zum Schluss, dass ein fundamentaler Umbau weder notwendig noch erstrebenswert ist. Aktuell befinden wir uns mitten in der Umsetzung der Tagesschule – ein Prozess, der gut voranschreitet, aber noch enorm viele Ressourcen auf Seiten Schulbetrieb und -verwaltung bindet. Es wurde gesagt: Die Schule ist kein Labor. Im Vorfeld der Debatte war viel von Besitzstandswahrung die Rede. Wir möchten dies positiv formulieren: Die SP betreibt eine aktive Bildungspolitik, gestaltet die Schulentwicklung mit, prägt sie nachhaltig und übernimmt mit ihren Kreisschulpräsidien und Behördenmitgliedern selbstverständlich Verantwortung. In dieser breiten Vernehmlassung identifizierte die SP Handlungsfelder mit Optimierungspotenzial. Dazu gehören unter anderem eine qualifizierende Behördenarbeit, eine mögliche Überprüfung und Justierung der Führungsspanne und der historisch gewachsenen Schulkreise sowie eine Stärkung der Verankerung der Schulbehörden und Schulen im Quartier. Selbstverständlich verschliessen wir uns der Diskussion nicht und freuen uns auf den weiteren Prozess.*

David Ondraschek (Die Mitte): *Der Bericht kommt differenziert daher und schafft einen breiten Überblick. Die unterschiedlichen Optionen werden plausibel erklärt und laden den Gemeinderat zu nächsten Schritten ein. Wir nehmen ihn mit folgenden Anmerkungen gerne zur Kenntnis. Wir warnen vor dem Einsatz einer Funktion Leitung Bildung. Wer Kontakt zu Winterthur hat, weiss, dass sich die damit verbundenen Versprechen nicht erfüllt haben. Unsere Stadt hat eine funktionierende Schulbehörde. Daher sind weitgreifende systemische Eingriffe ohne Not nicht zielführend. Gleichwohl gilt es, die Schulbehörde attraktiver und qualifizierender zu gestalten. Da der zeitliche Hauptaufwand durch die alleinige Verantwortung der Mitarbeitendenbeurteilung (MAB) wegfiel, muss dieses Mandat aufgewertet werden. Diese Aufwertung bedingt, dass sich die Mitglieder der Schulbehörde vorwiegend auf die Aufgabe konzentrieren, für die sie gewählt wurden: auf die strategische Schulführung. Entsprechend braucht es in der Schulbehörde und -pflege Personen, die sich daran gewöhnt sind, strategisch zu denken und die sich nicht dazu verleiten lassen, zu stark in die operativen Tätigkeiten einzugreifen. Durch eine Reduktion auf ein Schulbehördenmitglied pro zwei Schuleinheiten wird dies erreicht. Die Einführung einer Führungsebene Leitung Bildung ist weder notwendig noch zielführend.*



6 / 7

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

- a. Vom Bericht «Reorganisation der Schulbehörden» (Beilagen) wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Moritz Bögli (AL) i. V. von Sophie Blaser (AL), Roger Föhn (EVP), Christine Huber (GLP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit: Referat: Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Tamara Bosshardt (SP), Christina Horisberger (SP), Liv Mahrer (SP)
Enthaltung: Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium; Sabine Koch (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Moritz Bögli (AL) i. V. von Sophie Blaser (AL), Roger Föhn (EVP), Christine Huber (GLP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit: Referat: Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Tamara Bosshardt (SP), Christina Horisberger (SP), Liv Mahrer (SP)
Enthaltung: Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium; Sabine Koch (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Moritz Bögli (AL) i. V. von Sophie Blaser (AL), Tamara Bosshardt (SP), Roger Föhn (EVP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Urs Riklin (Grüne), Stefan Urech (SVP)
Enthaltung: Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium; Sabine Koch (FDP)



7 / 7

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht «Reorganisation der Schulbehörden» (Beilagen) wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2018/31, von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Rosa Maino (AL) vom 31. Januar 2018 betreffend Reorganisation der Schulbehörden als Fundament für eine zukunftsfähige Organisations- und Führungsstruktur der Stadtzürcher Volksschule nach dem Grundsatz einer starken demokratischen Verankerung wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 31. Januar 2024

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat